Weltrundschau : bis zum bitteren Ende? ; Das Bleigewicht des Krieges ; Der Dollar erobert Westeuropa... ; ...aber nicht China! ; Wird Griechenland verraten?

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **62 (1968)**

Heft 3

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141429

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bis zum bitteren Ende? Man hat mit Recht gesagt, der amerikanische *Vietnamkrieg* verderbe und vergifte die ganze Welt. Er ist in der Tat nicht nur im Begriff, ein kleines, unglaublich tapferes Volk buchstäblich zu vernichten (im Namen der Freiheit!); er brutalisiert und entwürdigt auch die amerikanische Armee und das amerikanische Volk in wahrhaft erschreckendem Mass und vergiftet alle internationalen Beziehungen heillos, wenn er nicht gar zu dem schon so lang gefürchteten dritten und letzten Weltkrieg führt. Und wenn die ausseramerikanischen Völker nicht schon geistig und sittlich völlig abgestumpft wären, so würden sie die Vietnamschlächterei als derart brennende Schande empfinden, dass sie die Regierung Johnson zwingen würden, ihr um jeden Preis ein Ende zu machen. Dass die Amerikaner Vietnam weiter verheeren dürfen, ohne dass die «gesittete» Welt endlich entsetzt aufschreit und Washington diese noch nie dagewesene Ruchlosigkeit abstellen *muss,* das droht sich an uns allen zu rächen. Wie Rolf Hochhuth am Schluss einer vernichtenden Abrechnung mit der «Neuen Zürcher Zeitung» im Februarheft der Zeitschrift «Neutralität» mit nur zuviel Recht sagt: Nichts ist notwendiger als ein *Verbot des Bombenkriegs gegen bewohnte Städte und Dörfer* durch ein international anzuerkennendes Gesetz. «Schaffen wir dieses Gesetz nicht, so lebt die Zivilisation auf Abruf in den Tod.» Amerika werde dann, wie Hochhuth voraussieht, auch noch für Hiroshima und Nagasaki büssen müssen.

Gewiss, die Kundgebungen aller Art gegen den Vietnamkrieg häufen sich in aller Welt; aber von einem Durchbruch des Widerstands in die starre Front der Männer mit der eisernen Stirn hinein ist bisher noch keine Rede, und wenn es, wie in Westberlin, zu einer Art Aufstand besonders der Jugend gegen die amerikanische Katastrophenpolitik kommt mit immerhin über 10 000 Teilnehmern, so folgt darauf flugs eine Gegenkundgebung, die nicht weniger als 150 000 Menschen auf die Beine bringt. Überhaupt – die Menschen erwärmen und begeistern sich für alles andere eher als für eine wahrhafte Menschheitssache, zum Beispiel (um nur diesen einen Götzendienst zu erwähnen) für einen Sportbetrieb, der heute einfach entartet ist. Wie hat die Winterolympiade in Grenoble wochenlang Millionen von sensationsgierigen Menschen in Atem gehalten! Frankreich hat für ihre Vorbereitung und Durchführung an die zwei Milliarden Franken ausgegeben und verspricht sich davon einen mächtigen Aufschwung seines Sportlebens, das bisher hinter demjenigen anderer «Kulturländer» weit zurückgeblieben ist. Und wenn man vernimmt, zu welch wilden Auftritten es beim Empfang schweizerischer Medaillenträger auf dem Hauptbahnhof von Zürich gekommen ist, dann muss man sich schon fragen, was eigentlich in den Seelen einer modernen Jugend vorgeht, die für den Kampf um mehr Gerechtigkeit,

Menschenwürde und Frieden nur in verhältnismässig kleinen Randgruppen Verständnis und Hingabe aufbringt...

Inzwischen bereiten sich in Vietnam Dinge vor, die ein erschrecktes, aber vielleicht zu spätes Erwachen aus dem Geschäfts-, Genuss- und Sporttaumel der Volksmassen bringen können. Auf die *Gesamtoffensive* des Vietkong und seiner nordvietnamesischen Verbündeten, die in immer neuen Wellen vorgetragen wird, antworten die Amerikaner mit einer weiteren Ausdehnung und Verschärfung ihrer Kriegführung. Sie geben sich überzeugt, dass der Endsieg ihnen trotz allem nicht entgehen werde und dass die «kommunistische Grossoffensive» im Grund auf eine Niederlage hinauskommen müsse, die nur das Vorspiel zum vollständigen Zusammenbruch des ganzen angeblichen Versuches sein werde, auch Südvietnam mit Militärgewalt kommunistischer Tyrannei zu unterwerfen. Die Amerikaner merken aber nicht, oder wollen es nicht zugeben, dass ihr Versuch, die soziale und nationale Freiheitsbewegung in Vietnam und ganz Südostasien mit Militärgewalt zum Stehen zu bringen, tatsächlich bereits gescheitert ist und ihnen selbst mehr und mehr zum Unheil ausschlagen wird.

Was die nord- und südvietnamesischen Gegner der USA mit ihrer Offensive tatsächlich wollten, ist noch immer nicht eindeutig klar und kann nur vermutet werden. Sollten sie einen durchschlagenden militärischen und politischen Erfolg erstrebt haben, der dem Krieg die entscheidende Wendung zu ihren Gunsten hätte geben sollen, so wäre dieses Ziel allerdings nicht erreicht worden. Aber etwas anderes und auf die Länge vielleicht doch Entscheidendes ist ihnen dennoch gelungen: Sie haben bewiesen, dass die Herrschaft der Amerikaner über Südvietnam eine blosse Fiktion ist; dass keine grössere Stadt, nicht einmal Saigon, sicher in amerikanischem Besitz ist; dass ganze ländliche Gebietsteile dem Vietkong offenstehen; dass der Grossteil der südvietnamesischen Bevölkerung für die «Regierung» von Saigon verloren ist; und dass die Amerikaner ihre Streitkräfte derart verzetteln und ständig umgruppieren müssen, dass sie zu einer einheitlichen Kriegführung mit den bisherigen Kampfmitteln unfähig geworden sind. Man braucht dieses Ergebnis nur mit der amerikanischen Darstellung der Lage in Südvietnam zu vergleichen, wie sie *vor* der Vietkong-Offensive gegeben wurde, um zu ermessen, was die Gegner der USA wirklich erreicht haben. So behauptete damals der amerikanische Botschafter in Saigon, Bunker, allen Ernstes: «Militärisch gehört die Initiative heute den Unseren... Die Rekrutierung des Vietkong hat sich seit 1966 um 50 Prozent vermindert.» Entscheidend sei jetzt «die wachsende Kraft der südvietnamesischen Truppeneinheiten». «Eines der Hauptanzeichen des Fortschritts ist die zunehmende Sicherheit in den ländlichen Bezirken... Der Anteil der Bevölkerung unter ziemlich sicherem Schutz der Regierung ist auf mehr als zwei Drittel der 18 Millionen Einwohner Südvietnams angewachsen.» Die fortschreitende Demokratisierung des Regimes, so schliesst Bunker seinen Lagebericht, sei «nicht möglich gewesen ohne die wachsende Sicherheit gegenüber Einschüchterung und Mord... Die Entwicklung von reprä-

sentativen Einrichtungen und eines kraftvollen politischen Lebens in Südvietnam ist atemberaubend.»

Man konnte auf amerikanischer Seite die wirkliche Lage in Südvietnam nicht gröber verzeichnen, als es hier durch einen für Präsident Johnson besonders massgebenden Ratgeber in Saigon geschah. Kein Wunder, dass sich der USA-Präsident immer hartnäckiger allen Mahnungen zu entschlossenem Einlenken auf ernsthafte Verhandlungen mit Nordvietnam verschloss. Auch dem UNO-Generalsekretär U Thant gegenüber, der mit gleicher Hartnäckigkeit zum Abbruch des Luftkrieges gegen Nordvietnam rät, zeigte und zeigt er sich weiterhin schwerhörig. Es fehlt ihm und seinen politischen Beratern (von den militärischen «Fachleuten» gar nicht erst zu reden) einfach an Mut, den Folgen eines wenn auch nur stufenweise vorzunehmenden Rückzugs der Vereinigten Staaten aus Vietnam ins Gesicht zu sehen, Folgen, die freilich keineswegs schlimmer wären als ähnliche Rückzüge anderer Grossmächte aus unhaltbar gewordenen Machtstellungen. Man denke an die Preisgabe Vietnams durch Frankreich, an Frankreichs Verzicht auf Algerien, in dem es sich mindestens so starr festgelegt hatte wie die USA in Vietnam, an die Räumung Zyperns durch Grossbritannien (zu schweigen vom Auszug der Engländer aus Indien), an den Rückzug der Sowjetunion aus Kuba und schon vorher aus ihrem Blockadeunternehmen gegen Berlin. Die genannten Mächte haben all diese Schlappen zuletzt ohne Schaden überstanden, ja daraus zum Teil neues Ansehen und neue Stärke gewonnen. Sollte es für die Vereinigten Staaten anders kommen, auch wenn der Verzicht auf Südvietnam das Ende ihrer ganzen südostasiatischen Ausdehnungspolitik und ihren endgültigen Abschied von dem Traum einer Zerschlagung des chinesischen Kommunismus bedeuten würde? Unseres Erachtens gehört jedenfalls viel mehr Mut dazu, den Vietnamkrieg *fortzusetzen,* ja ihn auf jede Gefahr hin noch auszuweiten, als die Luftangriffe auf Nordvietnam bedingungslos abzubrechen und es darauf ankommen zu lassen, ob die Regierung von Hanoi dann wirklich, wie sie versichern lässt, die Hand zu Friedensverhandlungen böte, die unter den gegenwärtigen Umständen auch für sie und die südvietnamesische Befreiungsfront die Bereitschaft zu wirklichen Opfern voraussetzen würden.

Aber in Washington scheint man nun einmal entschlossen, alle Gefahren auf sich zu nehmen, die eine Verschärfung des Vietnamkrieges in sich schliesst, wie sie Präsident Johnson unter dem Druck nicht allein der Militärführer, sondern auch einer nationalistisch aufgeputschten öffentlichen Meinung angeordnet hat. Nach einer jüngsten Meinungsumfrage (System Gallup) sollen jetzt tatsächlich 62 Prozent der amerikanischen Bevölkerung für einen noch schärferen Vietnamkrieg sein, 10 Prozent mehr als im Dezember, während Präsident Johnson, offenbar wegen seiner vermeintlichen Zauderpolitik, an Volkstümlichkeit verloren habe. Es ist sogar die Rede davon, dass im Notfall – und wie leicht ist ein «Notfall» herbeizuführen! – *taktische* Atombomben in Vietnam eingesetzt werden müssten. Und wenn es sich vorerst auch erst um «unverbindliche» Erörterungen einer solchen Möglichkeit handelt und nach amtlichen Versicherungen keinerlei Absicht

verantwortlicher Persönlichkeiten besteht, Kernwaffen wirklich einzusetzen, so wird doch mit Recht daran erinnert, dass auch über die Eröffnung eines Luftkrieges gegen Nordvietnam zuerst nur «unverbindliche» Auseinandersetzungen stattgefunden haben, bis es nach dem bekannten Zwischenfall im Golf von Tonking, mit dem angeblichen Angriff nordvietnamesischer Schnellboote auf amerikanische Kriegsschiffe in internationalen Gewässern, zur Anordnung planmässiger Bombenangriffe auf nordvietnamesisches Gebiet kam. Machen wir uns also auch auf den Einsatz zunächst bloss «taktischer» Atomwaffen (etwa in der Stärke der auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben) gefasst mit der Aussicht, dass früher oder später die militärische Logik die Zuhilfenahme auch strategischer Kernwaffen mit schwerster Spreng- und Brandwirkung verlangen und durchsetzen wird. Frankreich hat seinerzeit – unter Druck von aussen – der Versuchung widerstanden, durch einen Atombombenschlag sein Unglück in Vietnam zu wenden; wird irgendeine amerikanische Regierung ebenfalls Vernunft und Gewissen genug haben, um ein Ende mit Schrecken für ihre verzweifelte Vietnampolitik zu verhindern?

Das Bleigewicht des Krieges Trotz allem Reichtum, über den die Vereinigten Staaten verfügen, hängt ihnen jedenfalls der Vietnamkrieg schon lang wie ein Bleigewicht an den Füssen. Die allgemeine *Wirtschaftsentwicklung in den USA* zeigt zwar wieder deutlich nach oben. Die Industrie erfreut sich zunehmender Aufträge; die Arbeitslosigkeit bleibt in «erträglichen» Grenzen; der Absatz dauerhafter Industrieerzeugnisse steigert sich; die Vorratsbestände für künftige gesicherte Produktion wachsen rasch. Aber soweit diese Belebung der Wirtschaftstätigkeit dem Krieg in Ostasien zu verdanken ist – und das ist in hohem Masse der Fall –, ist das eine mehr als unsichere Grundlage für künftigen Aufstieg und Wohlstand. Schon jetzt ist der Vietnamkrieg – neben den Ausgaben für die amerikanischen Streitkräfte in Europa und den Kosten der Hilfe für Entwicklungsländer – eine Hauptursache der Verschlechterung der Zahlungsbilanz der USA und der *Erschütterung der Dollarwährung,* die den Wirtschafts- und Staatslenkern soviel Sorge macht. Der Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz – also der Überschuss der finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland über die Guthaben – beträgt bereits an die vier Milliarden Dollar. Und die sichtbaren Goldreserven sind auf weniger als zwölf Milliarden Dollar zusammengeschrumpft. Davon dienen allein 10,6 Milliarden zur Deckung des Notenumlaufs (auch so ein alter Aberglaube!), so dass für die Möglichkeit grösserer Goldabzüge, die das misstrauische Ausland vornähme, nur noch 1,4 Milliarden Dollar übrig blieben.

Zur Neubefestigung der Dollarwährung hat die Regierung Johnson denn auch einschneidende Massnahmen ergriffen, von denen ausser der Kürzung der Militärausgaben in Europa und der Unterstützung unterentwickelter Länder die Einschränkung der Kapitalanlagen im Ausland (über die gleich nachher einiges gesagt werden soll) und der Ausgaben für Reisen von Amerikanern in überseeische Länder wohl die wichtigsten sind. Die Zahl der in

Westdeutschland stehenden amerikanischen Truppen – 225 000 Mann in der Landarmee und 50 000 in der Luftwaffe – soll freilich erst im weiteren Verlauf dieses Jahres und nur in unbedeutendem Umfang – um 33 500 Mann – sowie möglichst schonend für den lieben Bundesgenossen vermindert werden.

Unterdessen wirken sich die immer noch wachsenden Lasten für den Vietnamkrieg desto unliebsamer für die drängenden *sozialpolitischen* und *kulturellen* Aufgaben der Vereinigten Staaten aus. 26 Milliarden Dollar Kriegskosten (soviel sieht der Voranschlag für das nächste Haushaltsjahr an Ausgaben für Vietnam vor) sind auch für das «reichste Land der Erde» auf die Länge schwer aufzubringen, wenn die Not im eigenen Land zum Himmel schreit. Und das tut sie. Vom «Krieg gegen die Armut», den Präsident Johnson seinerzeit so beredt erklärt hat, spricht man lieber nicht mehr. Dafür beunruhigt sich die amerikanische Öffentlichkeit mehr und mehr über die «*Krise der Grossstädte*», die nicht länger tatenlos hingenommen werden könne. Sogar der Amerikanische Gewerkschaftsbund (in dem die frühere American Federation of Labour und der Congress of Industrial Organizations zusammengeschlossen sind), eine der treuesten Stützen des USA-Imperialismus, hat kürzlich ein Notprogramm für die Behebung der ärgsten Missstände in den grossen Bevölkerungszusammenballungen der USA verlangt.

Die Einwohnerzahl der Grossstädte wächst wirklich unheimlich schnell an. Neben der steigenden Geburtenzahl hat dieser Vorgang seine Hauptursache in der Massenzuwanderung aus den ländlichen Notstandsgebieten und besonders aus den Negerstaaten des Südens. Die wohlhabenderen Familien siedeln sich in den Vorstädten an, während die Armen und Ärmsten mehr und mehr von den grossen Städten Besitz ergreifen. Gleichzeitig hat die fortschreitende Automation die Zahl der Hilfsarbeiter ohne Berufsausbildung vermindert und die Abwanderung industrieller Betriebe aus den Städten in die Vororte beschleunigt. Der Gewerkschaftsbund stellt fest: «Es ist notwendig, sofort Massnahmen zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, für eine angemessene Wohnraumbeschaffung und für ausreichende Dienstleistungen der Gemeinden zu ergreifen. Für die nächsten zehn oder zwanzig Jahre (!) sind geplante Vorkehrungen erforderlich, um unsere Grossstädte als Mittelpunkte der amerikanischen Zivilisation wiederzubeleben.» An die Spitze eines solchen Programms rückt der Gewerkschaftsbund die Schaffung einer Million von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, wofür die Bundesversammlung sofort vier Milliarden Dollar bewilligen müsse. Weiter müssten jedes Jahr zweieinhalb Millionen Wohnungen gebaut werden «für jene 20 Prozent Grossstadtfamilien, deren Einkommen selbst für eine bescheidene Mindestlebenshöhe nicht ausreicht». Gegenwärtig werden nur 30 000 bis 40 000 «Sozialwohnungen» im Jahr gebaut. Die Kosten für eine Steigerung der Zahl der Neubauten auch nur auf 200 000 im Jahr müssten in die Milliarden gehen. Als vordringliche Aufgabe werden ferner genannt der Ausbau der Massenverkehrsmittel und eines ganzen Systems von Fürsorge- und Dienstleistungseinrichtungen: Wasserleitungen, Abwässer, Schulen, Krankenhäuser, Spielplätze, Büchereien, Luft- und Wasserverbesserung und so fort.

Dafür brauche es jährlich mindestens zwei Milliarden Dollar Zuschüsse des Bundes an Gemeinden und Staaten. Das Schulwesen auf allen Stufen müsse besonders planmässig ausgebaut werden, ebenso die Sozialfürsorge. «Es muss der Grundsatz gelten, dass Menschen in Not einen Rechtsanspruch auf umfassende Fürsorgeleistungen haben.» Schliesslich seien eingreifende Massnahmen nötig, um für die ländliche Bevölkerung und namentlich die Landarbeiter (deren Elend tatsächlich bald sprichwörtlich ist) einigermassen menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen.

«Amerika», so rufen die Verfasser dieses Berichts aus, «kann nicht länger darauf warten, dass endlich ein Anfang (mit der Ausführung eines umfassenden Notstandsprogramms) gemacht wird. Die Regierung muss die Führung ergreifen und Mittel für die grosse nationale Aktion zur Verfügung stellen, die unabwendbar geworden ist.» Dabei unterstützt der amerikanische Gewerkschaftsbund überaus entschieden den Vietnamkrieg! Woher die Bundesregierung bei einer Fortführung dieses Krieges die riesigen Geldmittel nehmen soll, die ein Programm für die Überwindung der Notlage der Grossstadtmassen erfordert, bleibt das Geheimnis der AFL/CIO-Gewerkschaften. Zusammen mit der Negerfrage stellen eben die Zustände in den amerikanischen Grossstädten nationale Probleme dar, deren Lösung im Rahmen der herrschenden gesellschaftlichen Ordnungen unmöglich geworden ist. Auf Verzweiflungsausbrüche in den trostlosesten Elendsgebieten der Vereinigten Staaten wird man sich jedenfalls auch in diesem Jahr gefasst machen müssen.

Der Dollar erobert Westeuropa . . . Die herrschende Klasse der USA lässt sich allerdings durch solche Aussichten in der Aufrechterhaltung ihrer «Ordnung» nicht stören. Sie gehorcht dem Gesetz, das ihr ganzes Tun und Treiben regiert – dem Gesetz des unersättlichen Gewinnstrebens, das unerbittlich und unwandelbar über ihr waltet, wie sehr sich auch die Formen wandeln mögen, in denen es sich ausdrückt. Lenin hat es für die Gegenwart in seinem Imperialismusbuch schon vor 50 Jahren erläutert: «Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von *Kapital* kennzeichnend geworden.» Dazu der unstillbare Drang der Profitwirtschaft, sich über die ganze Erdkugel auszubreiten. Um mit Rosa Luxemburg zu reden: «Es ist das innerste Bedürfnis und Lebensgesetz der kapitalistischen Produktion, dass sie nicht die Möglichkeit hat, stabil zu bleiben, sondern gezwungen ist, sich immer weiter, und zwar immer rascher, auszudehnen, d. h. immer gewaltigere Warenmassen in immer grösseren Betrieben mit immer besseren technischen Mitteln immer rascher zu produzieren.»

Sowohl Lenin als Rosa Luxemburg dachten vor allem an die unterentwickelten Länder, in die sich der Kapitalismus ausbreiten müsse und die er durch die Ausfuhr von Kapital (Produktionsgütern) seiner Herrschaft zu unterwerfen streben werde. Gegen diese Länder richtet sich tatsächlich auch

der neueste, besonders der *amerikanische* Kapitalismus mit Vorliebe. Das diesem am nächsten liegende Ausbeutungsgebiet ist Lateinamerika, das er fast vollständig unter seine Botmässigkeit gebracht hat – weniger mit militärischen und politischen Mitteln als mit einer Wirschafts- und Verwaltungstechnik, die die alten Formen des Kolonialismus weitgehend überflüssig macht. Auf gleiche Weise arbeitet er in Asien, wo ihn vor allem Indien und Indonesien locken und wo das unermessliche kommunistische China seiner Ausdehnung im Weg steht (darum der Vietnamkrieg), aber von jeher auch der Mittelosten mit seinen Ölquellen. Ähnliches gilt von Afrika (Kongo, Rhodesien, Südafrika, Äthiopien usw.) und von den unterentwikkelten Gebieten Südeuropas (Portugal, Spanien, Süditalien, Griechenland).

Aber seit dem Zweiten Weltkrieg geht der nordamerikanische Kapitalismus immer stürmischer auch auf die wirtschaftliche und damit natürlich auch politische Beherrschung der hochentwickelten Länder *Westeuropas* aus. Ja, man hat sogar gesagt, Europa sei «das grösste Geschäft, das die Amerikaner zu irgendeiner Zeit ihrer Geschichte gemacht haben» (L. L. Matthias). Die Anlage amerikanischen Privatkapitals in Europa erreicht gegenwärtig die Summe von jährlich vier Milliarden Dollar, d. h. das Doppelte der amerikanischen Wirtschaftshilfe für das gesamte notleidende Ausland. Im März 1965 belief sie sich bereits auf insgesamt 40 Milliarden Dollar; seither ist sie vielleicht um zehn oder elf Milliarden gestiegen. 3000 amerikanische Gesellschaften haben Zweigniederlassungen in Europa. Von je zwei Automobilen, die in Grossbritannien hergestellt werden, ist eines amerikanisch, desgleichen sechs Liter Benzin von zehn, die in Frankreich verkauft werden. Die amerikanische Gesellschaft für Büromaschinen allein hat 55 Prozent des europäischen Verkaufs ihrer Erzeugnisse in der Hand. Von den ersten hundert Grossunternehmungen Italiens sind zehn amerikanische Zweigniederlassungen. Der amerikanische Anteil an dem in Westdeutschland angelegten Auslandskapital ist von 36,6 Prozent Ende 1964 auf 40 Prozent im September 1966 gestiegen. Innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) haben sich die amerikanischen Direktanlagen seit 1950 um nicht weniger als 1091 Prozent vermehrt.

Die Absicht des amerikanischen Kapitals ist dabei, womöglich die ganze Wirtschaft der westeuropäischen Länder durch Eroberung von *Schlüsselstellungen* unter ihre Botmässigkeit zu bringen. In Westdeutschland betätigt es sich besonders in der Erdöl-, Automobil und Chemieindustrie sowie in der Elektronik, die nahe daran ist, amerikanisches Monopol zu werden. In Frankreich ist sie es bereits; auch 65 Prozent der landwirtschaftlichen Maschinen Frankreichs werden in den USA hergestellt. Am stärksten amerikanisiert ist wohl die niederländische Wirtschaft – kein Wunder, dass Hollands Aussenpolitik besonders anhänglich an Washington ist.

Und die Schweiz? Sie steht in bezug auf amerikanische Kapitalanlagen an der Spitze aller Länder. 1210 Milliarden Dollar sind nach einer letzten Zusammenstellung jetzt in der Schweiz angelegt, fast fünfzigmal mehr als 1950. Kein Land der Welt kann sich auf diesem Gebiet mit der Schweiz messen. Lassen wir die unverdächtige «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 68/1968)

reden: «Die Amerikaner sind (mit Kapitalanlagen) viermal rascher in die Schweiz eingedrungen als in die EWG, aus der ja die Hauptklagen über diese Expansion laut wurden, die in der Tat in den Ländern der Gemeinschaft ebenfalls viel rascher vor sich ging als in der übrigen Welt und in den letzten Jahren auch schneller als in der Schweiz.» Schon 1965 gab es rund 640 schweizerische Niederlassungen amerikanischer Firmen und rund 100 Unternehmungen, die in der Schweiz von amerikanischen Bürgern geführt werden, aber angeblich keiner Einflussnahme aus den USA unterstehen. In den 640 amerikanischen Wirtschaftsbetrieben unseres Landes sind etwa 25 000 Arbeitskräfte tätig. Die grösste Zahl amerikanischer Zweigbetriebe weist der Kanton Zürich auf, gefolgt von Genf, während z. B. Bern nur ein Dutzend USA-Firmen beherbergt. Mit Vorliebe wenden sich die Amerikaner Banken, Versicherungen, Finanzierungsgesellschaften und dergleichen zu; aber auch in der Textilindustrie (Stoffel, St. Gallen; Schappe AG, jetzt in Genf) und im Bezirk der grösseren Handels- und Transportfirmen haben sie sich kräftig eingenistet. Die «NZZ» sucht diese Amerikanisierung natürlich zu verharmlosen; die Schweiz sei um ein Mehrfaches stärker an ausländischen Firmen massgeblich beteiligt, als ihre eigene Wirtschaft solchen Abhängigkeitsverhältnissen unterliege, könne also «dem Goliath mit davidschem Selbstbewusstsein entgegentreten». Welch ein Trost, dass auch die Schweiz Kapitalausfuhr im grossen betreibt! Die «NZZ» muss selber zugeben, «dass die schweizerischen Direktinvestitionen in der amerikanischen Wirtschaft kaum ins Gewicht fallen, zumal die eigentliche Verfügungsgewalt über sie nicht in allen Fällen wirklich in schweizerischer Hand liegt, während den nur wenig grösseren amerikanischen Investitionen in der – gemessen am Bruttosozialprodukt – 50mal kleineren schweizerischen Volkswirtschaft eine sehr viel grössere Bedeutung zukommt. Dies gilt um so mehr, als sie das Resultat einer relativ neuen und raschen Entwicklung sind und somit leicht einen spürbaren Einfluss auf unsere Wirtschaftsstruktur gehabt haben könnten.»

Wie zartfühlend sich die «NZZ» ausdrücken kann, wenn es sich um amerikanisches Eroberungsstreben handelt! (Beim Vietnamkrieg ist es genau so.) Für uns gewöhnliche Beobachter ist die wirtschaftliche Durchdringung Westeuropas und besonders der Schweiz ein Vorgang, der voller Gefahren nicht allein für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der betroffenen Länder ist (im Kapitalismus sowieso eine höchst fragwürdige Sache), sondern auch für die politische Zukunft unseres Erdteils und für die Selbständigkeit des politischen Urteils unserer Völker. Die amerikanische Propagandamaschine hat es am leichtesten dort, wo das Ausfuhrkapital ihr vorgearbeitet hat: Siehe zum Beispiel Westdeutschland und England, nicht zu reden von der sogenannten öffentlichen Meinung der Schweiz und der Art ihrer Fabrikation... Ob die neuen Massnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten auch nur auf längere Zeit die Ausfuhr amerikanischen Überschusskapitals wirksam einzudämmen vermögen, ist dabei mehr als zweifelhaft. Sobald der Dollar wieder gefestigt ist, wird sich der Hunger nach hohen Gewinnen erneut auf die lockende Möglich-

keit ausländischer Kapitalanlagen stürzen – sofern nicht, wie auch schon prophezeit wird, eine Dollarabwertung die ganze Lage ändert und zuerst einmal dem Vietnamkrieg ein Ende macht.

. . . aber nicht China! Während die Vereinigten Staaten in Westeuropa keine grösseren Truppenbestände mehr zu unterhalten brauchen – sie können sich hier ruhig auf die Bundesrepublik Deutschland verlassen, die den «Schutz gegen ein weiteres Vordringen der sozialen Revolution nach Westen» in eigener Regie besorgt –, richten sie ihr Augenmerk schon längst viel mehr auf *Asien.* Ihre gegenrevolutionäre Weltpolitik kreist viel weniger um den Atlantischen als um den Pazifischen Ozean, dessen Westrand, mit den ihm vorgelagerten Inseln von Japan bis Singapore, in ihr Militärsystem einzugliedern sie weder Mühe noch Kosten scheuen.

Das Haupthindernis auf diesem Weg ist – wie schon bemerkt – *China.* Nachdem die amerikanischen Anstrengungen, das «Reich der Mitte» nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch und politisch für die «freie Welt» zu sichern, schon vorher fehlgeschlagen hatten, traf die Befreiung Chinas von ausländischer Beherrschung die Vereinigten Staaten doppelt schmerzlich. Das amerikanische Weissbuch von 1949 über Amerikas Beziehungen zu China anerkannte zwar, dass Tschiang Kai-scheks Regiment denkbar verderbt und volksfeindlich geworden war, und nannte die chinesische Revolution «das Ergebnis innerer Kräfte». Die Washingtoner Regierung sprach sogar, nach dem Abzug der Japaner, Taiwan (Formosa) offen China zu. Aber bald kehrte sich das Blatt. Tschiang, ob korrupt oder nicht, war eine zu wertvolle Hilfe für die Gegenrevolution und Taiwan ein zu günstig gelegener Stützpunkt für die Eroberung des chinesischen Festlandes, als dass die Vereinigten Staaten hätten wirklich neutral bleiben können. Tschiang, der sich nach Taiwan geflüchtet hatte, wurde immer unverhüllter und grosszügiger mit Waffen, Kriegsmaterial und Geld von Washington aus unterstützt. Die amerikanische Geldhilfe an Tschiang erreichte bald die Höhe von einer Million Dollar im Tag; zwischen Ende Juni 1950 und Ende 1952 waren es insgesamt 775 Millionen Dollar, die Tschiang aus Amerika erhielt. (Vgl. Peter Townsend, «In China now», Seite 29.) Dazu wurde Taiwan durch die berühmte Siebente Flotte der USA «geschützt». Der Koreakrieg, der 1950 ausbrach und hinter dem Washington stand, zielte unmissverständlich auf China. Es fehlte nicht viel, und MacArthurs Vormarsch über den 38. Breitengrad, der Nordkorea und Südkorea trennt, hätte die Yalu-Grenze gegen China hin erreicht, als der drohende Krieg mit China unter ausländischem Druck auf Präsident Truman im letzten Augenblick doch noch vermieden wurde. China zog seine Truppen aus Nordkorea zurück, während Amerika bis zum heutigen Tag seine Streitkräfte in Südkorea stehen hat und sich immer noch weigert, die Chinesische Volksrepublik rechtlich anzuerkennen, mit der Begründung, *ihr* falle nach dem Spruch des Sicherheitsrats der UNO die Verantwortung für den Koreakrieg zu.

Dass der Vietnamkrieg von den radikalen Kräften innerhalb des ameri-

kanischen Imperialismus nur zu gern benützt würde, um die alte Rechnung mit China zu begleichen und die soziale Umwälzung in Asien tödlich zu treffen, ist ein offenes Geheimnis. Die Regierung Johnson zögert noch, *diesem* Begehren der Scharfmacher nachzugeben, so regelmässig sie im übrigen nach etwelchem Widerstand immer wieder auf die Linie der Befürworter einer Ausdehnung der Kriegführung auf weitere Schauplätze einschwenkt. Aber wer vermöchte zu leugnen, dass die Gefahr der Einbeziehung Chinas in die Kriegshandlungen um Vietnam nach wie vor besteht, ja in den letzten Wochen noch ernster geworden ist? In Indonesien brauchte es kein offenes amerikanisches Eingreifen, um «die Freiheit zu retten»; die einheimischen Reaktionäre haben das mit ihren grauenhaften Kommunistenmetzeleien selber fertiggebracht. Indien gerät sowieso immer offensichtlicher aussenpolitisch unter USA-Einfluss und damit in Gegensatz zu China; muss es da die Propheten des «Amerikanischen Jahrhunderts» nicht locken, endlich mit dem «kommunistischen Spuk» in China selbst abzufahren und der «freien Welt» einen Triumph zu verschaffen, wie sie ihn grossartiger sich gar nicht ausdenken könnte?

Die Pekinger Regierung rechnet selbstverständlich sehr ernst mit der Möglichkeit eines amerikanischen Gewaltschlags gegen China. Ob ihre militärische Rüstung trotz der Entwicklung eigener Kernwaffen einem Grossangriff seitens der Vereinigten Staaten gewachsen wäre, erscheint europäischen Fachleuten zweifelhaft. Auf die Länge würde zwar auch ein amerikanischer Atomkrieg (sofern nur Raketen mit begrenzter Zerstörungskraft eingesetzt würden) China mit seinen unendlichen Räumen und seinen 700 Millionen Einwohnern nicht zu Boden zwingen; aber dass die Volksrepublik (oder ein ihr nachfolgendes anderes Regime) viele Jahre brauchen würde, um sich davon wieder zu erholen, ist dennoch sicher. Von Peking aus geschieht darum begreiflicherweise alles, um ein Übergreifen des Vietnamkrieges auf China zu verhindern. Man darf dazu gewiss auch die *Pause in der «Kulturrevolution»* zählen, die Mao und seine Anhänger eingelegt haben. Was immer Mao mit der «Kulturrevolution» beabsichtigt haben mag: den Zusammenschluss aller Volksschichten zu einem fugenlosen Einheitsblock für einen Kampf mit den Vereinigten Staaten hat er nicht erreicht. Er hat wohl eine Säuberung der Kommunistischen Partei, der Armee, der Verwaltungskörperschaften und der Schulen aller Stufen von zweifelhaften Revolutionsfreunden durchgesetzt, aber der Widerstand gegen sein Vorgehen ist nach wie vor in weiten Teilen des Riesenreiches lebendig. Die Berichte über blutige Kämpfe zwischen Maoisten und Maogegnern sind nicht alle übertrieben; besonders im Süden, mit Canton als Mittelpunkt, und im Nordwesten, wo der Provinz Sinkiang mit ihrer nichtmongolischen Bevölkerung eine strategisch wichtige Rolle zukommt, regieren Militärführer, die sich von Peking nicht viel sagen lassen.

Mao hat sich daher gegen Ende des letzten Jahres zu einem vorläufigen Friedensschluss mit seinen Gegnern und unzuverlässigen Freunden entschlossen, um so mehr als für ihn die Kulturrevolution kein einmaliger Vorgang ist, sondern eine Dauerbewegung, die in aufeinanderfolgenden Wellen

immer wieder revolutionäre Antriebe ins Volk tragen soll. Die Roten Garden sind jedenfalls auf der ganzen Linie straff gezügelt worden, sogar unter Anrufung der Armee, wo es nötig wurde. Bezeichnend dafür ist nicht zuletzt das Verschwinden der Dutzende von Wandzeitungen der Roten Garden, die mit ihrem demagogischen Hetzton allmählich für Mao und seinen Anhang unerträglich geworden waren. Das heisst freilich nicht, dass die Roten Garden überhaupt ausgeschaltet worden wären; ihre vernünftigsten Glieder werden vielmehr planmässig in die *neue Führerschaft* einbezogen, die unter dem Namen eines «Dreibundes» die Weiterentwicklung der Volksrepublik tragen soll: eine gereinigte Kommunistische Partei, ein sozialistisch gesinntes Offizierskorps und eben eine Auslese der Roten Garden, die den Rahmen für eine gründliche Erfassung und revolutionäre Erziehung der chinesischen Jugend bilden soll. «Das nächstliegende Problem in den kommenden Monaten», so schreibt Roderick Macfarquhart, ein sehr gut unterrichteter Mitarbeiter des «New Statesman» (5. 1. 1968), «wird die Wiederherstellung der Macht und Autorität einer neugeformten Kommunistischen Partei sein, die Übertragung der tatsächlichen Befehlsgewalt vom Militär auf die Zivilbehörden. Die Zerstörung der alten Parteiführerschaft hat unvermeidlicherweise die Macht in die Hände der militärischen Befehlshaber in den Provinzen und Landschaften gleiten lassen... Es mag zwar sein, dass der so lang verschobene 9. Kongress der Kommunistischen Partei – der anscheinend im Jahr 1968 stattfinden soll, um die neue Ordnung zu bestätigen – einen Versuch der Offiziere sehen wird, sich ins Zentralkomitee einzudrängen, um zu verhindern, dass die Roten Garden die Macht in der Partei in die Hand bekommen. Aber Mao hat immer noch die Trumpfkarte in seinen Fingern: sein persönliches Ansehen und seine Autorität.» Wozu freilich zu sagen ist, dass der für unsereinen ganz unerträgliche Personenkult, den Mao mit sich treiben lässt, im Endergebnis nicht viel besser ist als die Willkürherrschaft Stalins, soviel unblutiger und menschlicher auch Maos eher psychologisch arbeitende Gleichschaltungsmittel sein mögen als die rohen Gewaltmethoden des verblichenen Moskauer Diktators.

Wird Griechenland verraten? Wir müssen aber doch auch noch einen Blick auf die jüngsten Ereignisse in Europa werfen. Besonders schwierig ist die Lage in *Griechenland* geworden. Der missglückte Staatsstreich des Königs und seine Flucht nach Italien hat die Stellung der Militärdiktatoren – der sogenannten Offiziersjunta – unzweifelhaft gefestigt. Konstantin hat nur die Wahl, sich den regierenden Obersten zu unterwerfen und auf seine Absicht, die verfassungsmässigen Zustände wiederherzustellen (also die Scheindemokratie neuaufzupolieren, die ganz logischerweise in den Offiziersputsch vom 21. April letzten Jahres ausmündete), zu verzichten, oder aber auf diesem Täuschungsmanöver zu bestehen und dann in der Verbannung zu bleiben, die ihm ein fröhliches Luxusleben zu führen erlaubt. Inzwischen bereitet die Athener Regierung eine neue Verfassung vor, die sie vom Volk genehmigen lassen und durch Neuwahlen wirksam machen will. Mit Hilfe des mächtigen Gleich-

schaltungs- und Unterdrückungsapparats, den sie sich geschaffen hat, mag ihr das recht wohl gelingen; die Technik solcher «demokratischen» Diktatur ist längst in der ganzen Welt bekannt und vielfach bewährt. Dass die Machthaber aber das griechische Volk wirklich betören und innerlich zu gewinnen vermögen, ist undenkbar, und sie wissen es auch genau, sonst hätten sie ja ihren Staatsstreich gar nicht nötig gehabt, der gerade den Zweck hatte, die damals vorbereiteten Wahlen zu verhindern, wäre doch aus ihnen ohne jeden Zweifel eine linksbürgerliche Parlamentsmehrheit hervorgegangen. Ihre Macht stützt sich in der Hauptsache auf die von ihnen ernannten und bezahlten Beamten, Offiziere, Polizisten, Gemeinderäte und dergleichen, deren Zahl mit etwa 115 000 angegeben wird.

Im Volk selbst wächst der Widerstand nach glaubwürdigen Mitteilungen, die ins Ausland gelangen, trotz allen Einschüchterungsmassnahmen weiterhin. So wie die Dinge liegen, wird die Widerstandsbewegung freilich nur Erfolg haben, wenn internationale Verwicklungen ihr zu Hilfe kommen, oder aber wenn schon vorher das angeblich demokratische Ausland mit der Diktaturregierung bricht. Und ein solcher Bruch scheint vorderhand ganz ausgeschlossen. Die Regierungen der «freien Welt», Amerika voran, haben sich im Gegenteil meistens beeilt, die Offiziersjunta anzuerkennen und ihren Willen zu bekunden, mit ihr gute Beziehungen zu unterhalten. Das trifft die Widerstandsbewegung schwer. Andreas Papandreou, der Sohn des Führers der ehemaligen Zentrumsunion in Griechenland, Georges Papandreou, hat das im Ausland, wohin er nach acht Monaten Gefängnis entlassen worden ist, offen anerkannt. «Die Frage ist aber», so sagte er nach einem Bericht des «New Statesman» (16. Februar) an einer Pressekonferenz in London, «ob die westlichen Demokratien gegen jedes totalitäre System sind oder nur gegen den Kommunismus. Wenn Ihr der griechischen Junta die Hand schüttelt, bleibt von der ideologischen Stellung des Westens nicht mehr viel übrig.»

Er hat nur zu sehr recht. Aber was kümmert das die «Realpolitiker», die noch ganz andere Verleugnungen ihrer «ideologischen Stellung», also ihres freiheitlichen Bekenntnisses, fertigbringen als bloss eine Verbeugung vor den Athener Diktatoren? Ihre demokratischen Grundsätze schieben sie nur vor, wenn es gilt, kommunistischen Regierungen die Anerkennung zu versagen, wie etwa derjenigen der Deutschen Demokratischen Republik, die mindestens so unzweifelhaft die Staatsgewalt auf ihrem Gebiet ausübt wie die Militärjunta von Athen. So wird man eben das erhebende Schauspiel erleben, dass der «demokratische» Westen den griechischen Machthabern Wirtschaftshilfe und Anleihen gewährt, ja Waffenlieferungen zuhält, die diese nicht etwa gegen die Türken oder sonst eine Griechenland bedrohende auswärtige Macht verwenden, sondern gegen den «inneren Feind», die von ganz links bis weit rechts reichende Widerstandsbewegung, die sich von den Freiheitshelden der westlichen Welt wieder einmal schmählich verraten und verkauft sieht...

2. März *Hugo Kramer*